

Inflation zieht im April weiter an, Twitter verzeichnet deutlichen Nutzerzuwachs, Mehr Menschen benötigen staatliche Grundsicherung

Inflation zieht im April weiter an

Wegen des Ukraine-Krieges und anziehender Energiepreise ist die Inflationsrate in Deutschland im April 2022 auf 7,4 Prozent gestiegen. Dies ist der höchste Stand seit dem Herbst 1981, wie das Statistische Bundesamt am Donnerstag (28.04.2022) mitteilte. Schon im März 2022 sprang die Teuerung mit 7,3 Prozent über die Marke von 7 Prozent. Von März auf April des laufenden Jahres stiegen die Verbraucherpreise in Deutschland den vorläufigen Zahlen zufolge um 0,8 Prozent. Die Bundesregierung rechnet in diesem Jahr mit einer Inflationsrate von durchschnittlich 6,1 Prozent – was der höchste Stand seit 1981 wäre. ([Manager Magazin](#))

Twitter verzeichnet deutlichen Nutzerzuwachs

Vor der Übernahme-Attacke durch Techmilliardär Elon Musk hat Twitter den stärksten Zuwachs bei der Nutzerzahl seit Jahren verzeichnet. Der Onlinedienst kam im ersten Quartal auf 229 Millionen täglich aktive Nutzer, die in seinen Apps oder Webversion Werbung zu sehen bekommen. Das war ein Plus von gut 14 Millionen binnen drei Monaten wie aus am Donnerstag veröffentlichten Zahlen hervorging. Zugleich musste Twitter einräumen, dass wegen eines Fehlers seit 2019 leicht überhöhte Nutzerzahlen gemeldet wurden. Der Twitter-Quartalsumsatz stieg im Jahresvergleich um 16 Prozent auf 1,2 Milliarden Dollar.

Analysten hatten mit etwas mehr gerechnet. Unter dem Strich blieb ein Gewinn von 513 Millionen Dollar in der Bilanz. Die Aktie kletterte im vorbörslichen Handel am Donnerstag (28.04.2022) um 0,5 Prozent an die Marke von 49 Dollar. Der ist damit weiter deutlich von den 54,20 Dollar entfernt, die Musk pro Aktie bietet. ([Spiegel Online](#))

Mehr Menschen benötigen staatliche Grundsicherung

Ende 2021 haben gut 1,1 Millionen Menschen Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung bezogen. Das waren knapp 24.000 beziehungsweise 2,2 Prozent mehr als Ende 2020, wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mitteilte. Leistungsberechtigt sind Erwachsene, die dauerhaft voll erwerbsgemindert sind oder die Altersgrenze erreichten und ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenem Einkommen und Vermögen bestreiten können. Knapp 589.000 beziehungsweise 52,5 Prozent der Empfängerinnen und Empfänger von Grundsicherung hatten die – je nach Jahrgang unterschiedliche – Altersgrenze überschritten. ([Berliner Zeitung](#))